

Gaza: Ein israelischer Aufruf zu dringendem Handeln / GAZA: AN ISRAELI CALL FOR URGENT ACTION

Sechs Friedens- und Menschenrechtsorganisationen aus Israel wenden sich an die Weltöffentlichkeit - Im Wortlaut (deutsch und englisch)

Verfasst von AIC, Bat Tsafon, Gush Shalom, ICAHD, PHR, Women's Coalition for Peace

21. Januar 2008

Wir, die unten aufgeführten israelischen Organisationen, bedauern die Entscheidung der israelischen Regierung, die lebensnotwendige Versorgung sowohl mit Elektrizität, Benzin (und in der Folge auch mit Wasser, da die Pumpen nicht funktionieren) als auch mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln, Medizin und weiteren, für die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung Gazas wichtigen Gegenständen, abzustellen. Diese Handlungsweise stellt ein klares und eindeutiges Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Prof. John Dugard, der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte in den palästinensischen Gebieten, nannte die Handlungen der israelischen Regierung "schwere Kriegsverbrechen", für welche die verantwortlichen Beamten verfolgt und bestraft werden sollten. Die Ermordung von über 40 Zivilisten in der letzten Woche verletze "das strenge Verbot der kollektiven Bestrafung, das in der Vierten Genfer Konvention enthalten ist. Sie verstößt ebenfalls gegen eines der wichtigsten Prinzipien des humanitären Völkerrechts: Militärische Aktionen müssen zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden." Tatsächlich hat der rechtliche Rahmen, auf den sich die israelische Regierung beruft, um diese illegalen und unmoralischen Akte durchzuführen - und der Gaza zu einer "feindlichen Einheit" innerhalb "eines Konfliktes, der beinahe ein Krieg ist" erklärt - absolut keinen Rückhalt im internationalen Recht.

Wir fordern den UN-Generalsekretär, Herrn Ban Ki-Moon, auf, den Sicherheitsrat auf der Dringlichkeitssitzung am Mittwoch zu der entschlossenen Entscheidung zu führen, dass die Belagerung Gazas beendet wird.

Wir fordern die Regierungen der Welt, insbesondere die US-amerikanische Regierung und das Europäische Parlament, auf, die israelischen Handlungen scharf zu kritisieren und angesichts jüngster Versuche, den diplomatischen Prozess wiederzubeleben, alle Angriffe auf Zivilisten sowie die zahlreichen Abrisse palästinensischer Wohngebäude zu beenden.

Wir fordern die Juden der Welt, in deren Namen die israelische Regierung vorgibt zu sprechen, insbesondere ihre Rabbis und Gemeindevorsteher, auf, sich unmissverständlich gegen dieses Vergehen an dem moralischen Kern der jüdischen Werte auszusprechen.

Und wir fordern die Völker der Welt auf, gegenüber ihren Staatsoberhäuptern und Regierungsbeamten ihre Ablehnung dieser grausamen, illegalen und unmoralischen

Handlung zu äußern - einer Handlung, die in ihrer Grausamkeit in einer bereits tyrannischen israelischen Besetzung herausragt.

Wir verurteilen alle Angriffe auf Zivilisten und wir erkennen das Leiden der Bewohner von Sderot an. Trotzdem rechtfertigen diese Angriffe nicht die massive Unverhältnismäßigkeit der israelischen Sanktionen gegen 1,5 Millionen Zivilisten in Gaza, insbesondere im Hinblick auf die 40 Jahre andauernde grausame Besetzung durch Israel. Solche Verstöße des internationalen Rechts durch eine Regierung sind besonders schwerwiegend und müssen angeprangert und bestraft werden, wenn das System der Menschenrechte und des internationalen Rechts erhalten werden soll.

Die Entscheidung der israelischen Regierung, die Zivilbevölkerung in Gaza zu bestrafen, mit all dem menschlichen Leid, das dies mit sich bringt, stellt Staatsterrorismus gegen unschuldige Menschen dar. Nur wenn die politisch Verantwortlichen in Israel für ihre Taten verantwortlich gemacht werden und das internationale Recht gewahrt wird, wird ein gerechter Frieden im Nahen Osten möglich sein.

Unterzeichnet: The Alternative Information Center * Bat Tsafon * Gush Shalom * The Israeli Committee Against House Demolition (ICAHD) * Physicians for Human Rights * The Woman's Coalition for Peace